

„Gesundheitsstadt Berlin 2030“

Steht die Öffentliche Gesundheitsversorgung in Berlin auf dem Spiel?

Tausende von Krankenhausbeschäftigten von Charité und Vivantes haben 2020/21 gemeinsam wochenlang für mehr Personal und den seit langem überfälligen TVöD für Alle gestreikt. Sie forderten die Verbesserung des Gesundheitswesens zum Wohle der Berliner Patient*innen!

Was wir heute erleben:

Der Bettenabbau schreitet weiter voran. Die Arbeitsbedingungen sind so schlecht, dass sich die Beschäftigten gezwungen sehen, ihren Beruf aufzugeben! In den Tochterbetrieben bekommen viele weniger Lohn als vor dem Streik. Die Klinikleitung setzt die erkämpften Tarifverträge schleppend und verfälscht um. Es gibt keine zusätzlichen Neueinstellungen und das vorhandene Personal ist weiterhin dramatisch überlastet.

Kolleg*innen und die Bevölkerung in Tempelhof protestierten monatelang gegen die Schließung ihres Wenckebach-Krankenhauses. Dennoch haben Senat und Geschäftsführung den Betrieb des Klinikums inzwischen so weit reduziert, dass es - ohne OP, Rettungsstelle und Intensivstation – kein Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung mehr ist.

Wir wissen, dass weitere Klinikschließungen und Privatisierungen geplant sind! Das wollen und werden wir nicht akzeptieren! Wir fordern stattdessen:

- **Neueinstellung von qualifizierten Fachkräften! Davon profitieren Alle!**
- **TVöD für Alle und damit gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Schluss mit der Willkür der Haustarifverträge!**
- **Öffentliche bedarfsgerechte Investitionen des Landes Berlin in die Krankenhäuser! Die Finanzierung ist ihre gesetzliche Pflicht!**

Wir wollen mit Euch diskutieren, wie wir gemeinsam für die Wiederherstellung und Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsversorgung in Berlin kämpfen können. Dazu laden wir ein zu einer

Diskussionsveranstaltung

am Donnerstag, den 19. Januar 2023 um 18:00 Uhr

in die Seniorenfreizeitstätte, Stierstraße 20a, 12159 Berlin

(ÖPNV: S und U Innsbrucker Platz, U Walther-Schreiber-Platz, Bus M85 und M48 bis Breslauer Platz)

Es laden ein: Beschäftigte von Vivantes und Charité, der DGB Kreisverband Tempelhof-Schöneberg, die Initiative Wenckebach-Krankenhaus muss bleiben, der Politische Arbeitskreis Gesundheit, Orgateam aufstehen Berlin, Gemeingut in BürgerInnenhand/Bündnis Klinikrettung und Die Linke Tempelhof-Schöneberg.

Wir wollen diskutieren mit:

Josephine Thyrêt, Vorsitzende des Betriebsrates von Vivantes GmbH

Mario Kunze, Betriebsratsmitglied Vivantes GmbH

Gisela Neunhöffer, ver.di, stellv. Landesfachbereichsleitung C Berlin-Brandenburg

Charlotte Rutz-Sperling, Politischer Arbeitskreis Gesundheit

Peter Witt, Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes Tempelhof-Schöneberg

Gotthard Krupp, Mitglied im ver.di Bezirksvorstand

N.N., aufstehen Berlin

Jorinde Schulz, Gemeingut in BürgerInnenhand/Bündnis Klinikrettung

Elisabeth Wissel, Die Linke Tempelhof-Schöneberg

(Die Angaben zu den Namen dienen lediglich der Information)

Eingeladen sind auch die gesundheitspolitischen Vertreter*innen der SPD, der Grünen und der Linken.



Zu den Hintergründen

Was bedeutet Lauterbachs „Reform“ *Gesundheitsstadt Berlin 2030* für Vivantes und Charité?

„**Etablierung einer Dachstruktur**“? Es geht also um eine Holding, unter der Vivantes und Charité Tochtergesellschaften werden. Mit einer solchen Konstruktion haben Senat und Abgeordnetenhaus keinen politischen Zugriff mehr auf Vivantes und Charité. Die Gesundheitsversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge wird damit geschwächt. Der Senat will sich seiner Verantwortung für seine landeseigenen Kliniken entziehen.

„**Größere Wirtschaftlichkeit und bessere Verteilung von Ressourcen**“? Was dabei herauskommt, zeigt sich am Beispiel des zersplitterten Wenckebach-Klinikums. Angeblich steht die Zerstörung wohnortnaher Krankenhäuser für die angestrebte „stationäre Krankenhausbehandlung auf europäischem Spitzenniveau“!

„**Einbeziehung von Pharma-Konzernen und Privatinstiuten in den Wettbewerb**“? Die Verwertung von Gesundheits-/Patienten-Daten soll für Forschung und Entwicklung in private Hand gegeben werden. Droht uns ein weiteres „PPP“-Projekt (Private Public Partnership)?

„**Breites Netz von Telemedizin-Nutzung externer Partner**“? Was soll der Nutzen sein: eine weitere kostspielige Private Public Partnership?

„**Jede Tätigkeit, die nicht von Menschen erledigt werden muss, soll konsequent durch Digitalisierung ersetzt werden**“? Das hat bis auf weiteres eine „Flucht aus dem Pflegeberuf“ zur Folge. Die Kolleg*innen wollen eine patienten- und bedarfsorientierte Behandlung. Gesundheit ist keine Ware! Pflegekräfte brauchen auch in Zukunft genügend Zeit für die Zuwendung zum Patienten.

Was will Lauterbach unter dem Deckmantel der „Reform“ erreichen?

„**Ambulantisierung**“? Nach Lauterbachs neuestem „Reformvorschlag“ bedeutet das die Umwandlung von bettenführenden Stationen in Tagesbehandlungsstationen für die „leichteren“ Fälle. Seinen Worten nach soll so „Personal eingespart sprich das vorhandene Personal entlastet“ werden. Patient*innen werden nachts nach Hause geschickt. Die Nachtdienstzuschläge für das Personal werden eingespart. Aber, wie riskant ist die Ambulantisierung für die Patient*innen? Sicher können so Bereiche leichter ausgegliedert werden. Tochtergesellschaften, medizinische Versorgungszentren und Reha-Einrichtungen werden geschaffen, in denen die Beschäftigten nicht mehr dem Flächentarifvertrag TVÖD unterliegen und prekär bezahlt werden können.

„**Keine Abschaffung der Fallpauschalen (DRGs)**“? Auf die lange geforderte Abschaffung der DRGs für alle Krankenhäuser zugunsten einer bedarfsorientierten Finanzierung warten die Kolleg*innen trotz der bundesweiten Proteste und Streiks leider weiterhin vergebens.

„**Finanzstabilisierung durch Ausgliederung von Therapieberufen aus dem Pflegebudget**“? Das beschlossene GKV-Finanzstabilisierungsgesetz will erreichen, dass ab 2025 die Therapieberufe und Hebammen aus dem Pflegebudget herausfallen. Dadurch sind laut der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) bis zu 20.000 Arbeitsplätze im Krankenhausbereich gefährdet.

*Gerade startet die **Tarifrunde Öffentlicher Dienst**. Die Beschäftigten wollen ihren Reallohn sichern und fordern 10,5 % mehr Lohn. Besonders wichtig für Kolleg*innen mit geringerem Einkommen ist die Forderung nach „**mindestens 500€ mehr**“! Der Flächentarifvertrag schützt vor Armut!*